

Der Telekommunikationsmarkt wird sich in den kommenden Jahren maßgeblich verändern. Im Zuge des weiteren Glasfaserausbaus werden sich neue Geschäftsmodelle herausbilden. Wir möchten Ihnen einige Aspekte nennen, die unserer Ansicht nach dazu beitragen, das Potential der Telekommunikationsbranche weiter zu entfalten, um weitere positive Effekte für die Gesamtwirtschaft in Deutschland zu erzielen. Da wir diese Punkte besonders wichtig für die TK-Politik der nächsten Legislatur erachten, möchten wir Sie höflich bitten, die nachfolgenden Aspekte in der laufenden Koalitionsverhandlung zu berücksichtigen.

Die Mitgliedsunternehmen des Bundesverbandes Breitbandkommunikation (BREKO) sind im Besonderen mittelständische Unternehmen, die ihren wettbewerblichen Vorteil in der regionalen Verankerung sehen. Die Nähe zu den Gemeinden und Kommunen vereinfacht die Planung und erfolgreiche Realisierung von Breitbandprojekten. Mit individuellen Lösungen haben unsere Mitglieder schon viele Ausbau-Projekte durchgeführt. Damit leisten die Unternehmen des BREKO einen wichtigen Beitrag zur Breitbanderschließung in unserem Land. Unser gemeinsames Ziel ist die schnelle aber auch nachhaltige und wettbewerbliche Realisierung des Breitbandausbaus in regionalen Ausbaugebieten und im ländlichen Raum.

Für die Investitionstätigkeit in der Vergangenheit haben Wettbewerbspolitik und Regulierung die entsprechende Grundlage geschaffen. In den letzten Jahren hat sich in Deutschland wiederholt gezeigt, dass Investitionen nur da getätigt werden, wo Monopolstrukturen aufgelöst werden und Wettbewerb Raum zur Entfaltung findet. Regulierung sollte unserer Ansicht nach kein Selbstzweck sein, daher stehen wir hinter dem Grundsatz, nur so viel Regulierung wie nötig ist. Vor allem in den Zugangsmärkten, den *bottle necks*, aber auch in den Übertragungsnetzen besteht jedoch noch immer Regulierungsbedarf.

Ein übereilter Rückzug der Regulierung hätte unserer Ansicht nach massiv negative Auswirkungen auf die gesamte TK-Wirtschaft. Das bestehende Niveau des Infrastrukturwettbewerbs darf nicht gefährdet werden und sollte durch entsprechende Rahmenbedingungen weiter forciert werden.

Wie sollte der weitere Ausbau der Breitbandnetze im wettbewerblichen Umfeld politisch gefördert werden:

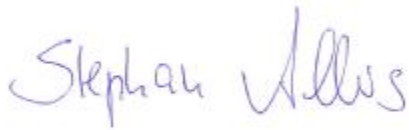
Der Ausbau der neuen Glasfasernetze birgt die Gefahr der Remonopolisierung der Netzinfrastrukturen. Dies erklärt sich dadurch, dass immens hohe Investitionen nötig sind. Daher sehen wir die politische und regulatorische Zielsetzung der nächsten Legislatur darin, auch Investitionsanreize für die Wettbewerbsunternehmen der Deutschen Telekom zu setzen und gleichzeitig einen Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung des Exmonopolisten zu verhindern. Deregulierungsmaßnahmen für den Marktbeherrscher dürfen nicht das Ergebnis der politischen Diskussion um Kooperationen und Open Access-Modelle sein. Geltendes TK-Recht darf nicht wegen kurzfristiger Ziele und Versprechungen über Bord geworfen oder verwässert werden. Investierende Unternehmen, die nicht-diskriminierende Kooperationen suchen, befördern den gesamtwirtschaftlichen Effekt. Dies muss sich in den politischen Rahmenbedingungen und der Regulierung klar widerspiegeln.

Unsere wichtigsten TK-politischen Forderungen sind:

- die Aufrechterhaltung der Wettbewerbspolitik. Investitionen und Wettbewerb stehen in einem positiven Verhältnis zueinander. Investitionsanreize und Wettbewerbsförderung gehören zusammen – sie stehen in keinerlei Widerspruch.
- die Kontinuität der Regulierung sicherstellen, da diese erst die Rechts- und Planungssicherheit für investitionsfreudige Wettbewerbsunternehmen ermöglicht.
- Konsistenz zwischen den unterschiedlichen Geschäftsmodellen sicherstellen

Wir sind überzeugt, die Telekommunikationsbranche wird jetzt und in Zukunft viel zum wirtschaftlichen Aufschwung, zur Beschäftigung und zur Innovationsleistung Deutschlands beitragen. Unsere Mitgliedsunternehmen sind investitions- wie innovationsfreudig. Was wir brauchen sind die entsprechenden Rahmenbedingungen und das konsequente Festhalten am Prinzip des Wettbewerbs.

Bonn, 8. Oktober 2009



Stephan Albers  
Geschäftsführer